



*Pro Zukunft*

## **Fraktion im Kreistag Märkisch-Oderland**

**Fraktionsbüro**

August Bebel-Str. 22  
15344 Strausberg

**Fraktionsvorsitz**

Burkhard Paetzold

Tel: 03341-207050

Email: b.paetzold@o2online.de

**Stellv. Fraktionsvorsitz**

Monika Märten

Email: monika.maerten@prozukunftmol.de

## **Änderungsantrag**

### **zur Vorlage 2008 KT/ 030 (Schülerbeförderungssatzung 2009)**

Unsere Fraktion beantragt, den vorliegenden Satzungsentwurf wie folgt zu ändern.

**Der Landkreis Märkisch - Oderland übernimmt vollständig zum 01. September 2009 den Elternanteil für die Kosten der Schülerbeförderung.**

**Die entsprechend geänderte Satzung ist nach erneuter Beratung in den Ausschüssen zur nächsten Kreistagssitzung dem Kreistag vorzulegen.**

### **Begründung:**

Die Streichung des § 112 im Brandenburgischen Schulgesetz eröffnet diese Möglichkeit.

Der Landkreis Märkisch - Oderland hat kaum urbane Strukturen. Die Schulen konzentrieren sich auf immer weniger Standorte. Weite und umständliche Schulanfahrten sind die Regel und eine Belastung für die Familien. Hier sollten die Familien durch beitragsfreie Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel unterstützt werden, anstatt sie zusätzlich durch Elternbeiträge zu belasten.

Sehen wir uns einschlägige demografische und sozialpolitische Prognosen über die Entwicklungen im ländlichen Raum an, werden wir kaum Positives finden. Andererseits gibt es von allen Parteien und politischen Vereinigungen des Kreistages Bekenntnisse zum ländlichen Raum - insbesondere zur Kulturlandschaft Oderbruch (siehe z.B. Oderlandprogramm der PDS). Wir sollten solchen Bekenntnissen

Taten folgen lassen und - wie in anderen Landkreisen - eine beitragsfreie Schülerbeförderung auch in Märkisch -Oderland als weichen Standortfaktor und als Werbung für unseren Landkreis begreifen.

Das Argument der „zusätzlichen Haushaltsbelastung“ durch ein Entfallen der Elternbeiträge ist relativ. Durch die im Entwurf vorgeschlagene Staffelung führt eine umfängliche Einzelfallprüfung zu einem weit höheren Verwaltungsaufwand als für eine einfache Bescheiderstellung ohne eine Prüfung der Elterneinkommen.

Eine Einführung zum 1.9. 2009 würde zudem im diesjährigen Haushalt nur ca. ein Drittel der Einnahmenverluste erzeugen und kann im Unterschied zu einer rückwirkenden Einführung mit geringem Verwaltungsaufwand langfristig vorbereitet werden.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'B. Parholz'. The signature is written in a cursive, flowing style.

11.02.2009, Fraktionsvorsitzender